



Stiftung
Asienhaus

Blick Wechsel



April 2020

Seit Jahrzehnten: In Thailand verschwinden Menschen

Praphakorn Wongratanawin

Die Praxis des Verschwindenlassens hat in Thailand eine lange Tradition. Die meisten Fälle sind bis heute unaufgeklärt. Eine neue Entwicklung ist, dass in den letzten Jahren zunehmend Thailänder*innen im ausländischen Exil verschwinden.

Zu den schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen zählt das Verschwindenlassen (*enforced disappearance*). Es verletzt das Recht eines jeden Menschen auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit. Vor allem Militärdiktaturen bedienen und bedienen sich gerne dieses Verbrechens um innerhalb der Gesellschaft Schrecken zu verbreiten und regierungskritische Personen auszuschalten und einzuschüchtern. Traurige Berühmtheit erlangte dieses Mittel des „schmutzigen Krieges“ gegen die Zivilbevölkerung in den lateinamerikani-

schen Diktaturen der Siebziger- und Achtzigerjahren mit etwa 350.000 verschwundenen Personen.

Auch heute dient die Praxis hauptsächlich der politischen Repression oder um Menschenrechtsverbrecher*innen vor Strafverfolgung zu beschützen. Die Gewalt richtet sich in erster Linie gegen politische Aktivist*innen, Regime-Kritiker*innen und Journalist*innen. Häufig sind Polizeikräfte und Militär sowie andere Staatsangestellte in das Verschwindenlassen

verwickelt. Für die Familien der Opfer ist die Ungewissheit über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen eine enorme Belastung.

86 Thailänder*innen sind seit 1991 verschwunden

Gemäß der Ende 2010 in Kraft getretenen UN-Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (*International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance*, CPED) gilt das Verschwindenlassen als Verbrechen. Bis August 2019 ist diese UN-Konvention von insgesamt 98 Staaten unterzeichnet und von 61 ratifiziert worden. Mit der Ratifizierung der Konvention verpflichten sich die Vertragsstaaten dazu, das Verschwindenlassen als Straftat zu werten und Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Zudem definiert die UN-Konvention nicht nur die verschwundenen Personen selbst als Opfer, sondern auch deren Angehörige. Das internationale Abkommen gewährt den Familienangehörigen das Recht auf Aufklärung über das Verschwindenlassen sowie das Recht auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Innerhalb der Staatengemeinschaft der 10 ASEAN-Staaten belegt Thailand mit 86 Fällen seit 1991 einen unrühmlichen dritten Platz auf der Rangliste des Verschwindenlassens hinter den Philippinen (625) und Indonesien (164). 79 der 86 Fälle sind bis heute nicht aufgeklärt. Thailand unterzeichnete die UN-Konvention gegen das Verschwindenlassen bereits im Januar 2012. Eine Ratifizierung durch eine thailändische Regierung hat in den über acht Jahren danach jedoch nicht stattgefunden. Nach wie vor ist das Verschwindenlassen eine vom thailändischen Regime durchgeführte Praxis zur Unterdrückung und Einschüchterung von Menschen, die sich gegen die Militärregierung und die Monarchie, Behördenwillkür und Menschenrechtsverletzungen stark machen.

Die vom Staat ausgehende Gewalt hat eine lange Geschichte

Thailands Geschichte ist durch eine Abfolge autoritärer Regierungen und staatliche Gewalt geprägt. Das faktisch straflose Verschwindenlassen von den Regierenden unliebsamen Per-

sonen ist dabei seit über sechs Jahrzehnten eine der perfidesten Formen staatlicher Gewalt. Die ersten bekannten Fälle ereigneten sich in den 1940er Jahren. Damals verschwanden unter der diktatorischen Herrschaft von Feldmarschall Phibun Songkhram Regierungsgegner und separatistische Anführer aus Südthailand.

Im „Kampf gegen den Kommunismus“ ließ die Regierung von Feldmarschall Sarit Thanarat ab 1957 vermeintliche Kommunist*innen und andere politische Gegner*innen systematisch verfolgen. Lange Gefängnisstrafen – oft ohne Gerichtsurteil – und extralegale Hinrichtungen waren Mittel seiner Regierung. Das bekannteste Opfer aus dieser Zeit der Repression war der gesellschaftskritische Autor Chit Phumisak, der nach sechs Jahren im Gefängnis, in dem er ohne Urteil saß, kurz nach seiner Entlassung im Jahr 1966 von Schergen der Regierung ermordet wurde.

In den Siebzigerjahren war besonders der Süden des Landes Schauplatz von brutalen Repressionsmaßnahmen thailändischer Regierungen gegen Teile der Landbevölkerung, die im Verdacht standen, die verbotene kommunistische Partei zu unterstützen. Zwischen 1972 und 1975 wurden vorsichtigen Schätzungen zu Folge etwa dreitausend Dorfbewohner*innen in Patthalung und den angrenzenden Provinzen in Südthailand durch Regierungskräfte teilweise lebendig in roten Fässern verbrannt. Diese als „Rotes Fass-Morde“ (*thang daeng*) bekannt gewordene Methode des Verschwindenlassens begründete eine Tradition, die bis in die jüngste Zeit in Thailand praktiziert wird. Zuletzt wurde im Jahr 2014 ein Umweltaktivist auf diese Weise beseitigt.

Verschwindenlassen im Zuge der innenpolitischen Krisen und Kriege seit 1991

Im Mai 1992 formierte sich in Opposition zur Regierung Suchinda Kraprayoon, die sich ein Jahr zuvor ins Amt geputscht hatte, eine Demokratiebewegung, die von weiten Teilen der thailändischen Bevölkerung getragen wurde. Thailands Militär reagierte gewaltsam auf die Proteste. Der sogenannte „Schwarze Mai“ von 1992 hatte nach offiziellen Angaben 52 Tote zur Folge. Etwa 40 Menschen verschwanden. Wenngleich es Beweise dafür gibt, dass Soldaten die Leichen von erschossenen Demonstranten auf LKW luden und sie heimlich verschwinden ließen, blieben

die genauen Umstände, unter denen die 40 Opfer verschwanden, im Ungewissen, da eine strafrechtliche Aufarbeitung nicht stattfand. Stattdessen erteilte Premierminister Suchinda kurz nach den Geschehnissen eine Generalamnestie für alle an den Gräueltaten Beteiligten. Zwar wurden während der Regierung von Thaksin (2001–2006) den Hinterbliebenen das Recht auf Entschädigung zugesprochen, aber eine juristische Aufarbeitung fand bis heute nicht statt.

Dass das Verschwindenlassen in Thailand nicht auf diktatorische Regime beschränkt ist, zeigen zwei Fälle aus der Regierungszeit des demokratisch gewählten Premierministers Thaksin Shinawatra in den Zweitausenderjahren. Seit Jahrzehnten gibt es in Südthailand separatistische Bestrebungen. Die muslimisch dominierten Südpfeilerprovinzen Yala, Pattani und Narathiwat waren immer wieder Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Unter Thaksin eskalierte der Konflikt 2004 erneut, nachdem Rebellen ein Armeecamp überfallen hatten. Die Regierung verhängte das Kriegsrecht und später Notstandsgesetze, die bis heute wirksam sind. Seitdem kamen bis zu 6.500 Menschen gewaltsam ums Leben. Mindestens 31 muslimische Männer, die als vermeintlich Aufständische galten, im Alter zwischen 20 und 50 Jahren, sind seitdem verschwunden. Untersuchungen der *Justice for Peace Foundation* haben bewiesen, dass thailändische Behördenvertreter*innen an den Taten beteiligt waren. Augenzeugen berichteten davon, dass Verschwundene von uniformierten Personen zuhause abgeholt oder auf der Straße verhaftet wurden.

Auch während des „Kriegs gegen die Drogen“, den Thaksin 2003 während seiner ersten Legislaturperiode ausrief, verschwanden Menschen. Unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung ging die Polizei mit massiver Gewalt gegen Drogenhändler*innen vor. Jede thailändische Provinz musste eine vorgegebene Quote an Ermittlungserfolgen vorweisen, ansonsten drohten den Verantwortlichen in Polizei und Verwaltung harte Strafen. Innerhalb weniger Monate wurden im Jahr 2004 schätzungsweise 2.275 Menschen ermordet, darunter viele Unschuldige. Mindestens 10 Menschen, die zuvor von den Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen wurden, sind bis heute verschwunden. Die meisten Opfer gehörten zur ethnischen Gruppe der Lahu, die an der Grenze zu Myanmar leben.



Politische Aktivist*innen fallen zunehmend dem Verschwindenlassen zum Opfer

Der Menschenrechtsanwalt Somchai Neelahphajit ist seit 2004 verschwunden (Foto: Amnesty International Thailand).

Immer wieder verschwinden Aktivisten, die die Öffentlichkeit auf Missstände aufmerksam machen oder sich direkt gegenüber den Behörden für ihre Rechte oder die anderer einsetzen. Zu ihnen zählt der Gewerkschafter Thanong Pho-an, der seit 28 Jahren verschwunden ist. Als Kritiker der Militärjunta, die im Februar 1991 gegen die gewählte Regierung von Chatichai Choonhavan gepöbelt hatte, führte Thanong eine scharfe Kampagne gegen die geplante Auflösung der Gewerkschaften der Arbeiter*innen in den Staatsbetrieben. Er verschwand einen Tag bevor er zu einem Treffen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf aufbrechen wollte, um die Unterdrückung der thailändischen Arbeiterbewegung durch die Militärjunta zu kritisieren.

Das Verschwindenlassen des muslimischen Menschenrechtsanwalts Somchai Neelahphajit durch Polizeibeamte im März 2004 erregte landesweit große Aufmerksamkeit. Zum Zeitpunkt seines Verschwindens vertrat Somchai fünf Muslime, denen terroristische Aktivitäten in den südlichen Grenzprovinzen Thailands vorgeworfen wurden. Über seinen Verbleib ist bis heute nichts bekannt. Fünf Polizisten, denen man eine Beteiligung an der Verschleppung Somchais vorwarf, wurde wegen illegaler Festnahme angeklagt. Lediglich einer der Beschuldigten wurde zu drei Jahren Haft verurteilt. Die vier anderen Beteiligten wurden freigesprochen.

Die Witwen der
verschwundenen Akti-
visten Somchai und
Billy bei der Gedenk-
feier zum Jahrestag des
Verschwindens von Billy
(Foto: Amnesty Inter-
national Thailand).



Die Verwicklung von Staatsvertretern in das Verschwinden von thailändischen Bürger*innen, zeigt auch ein weiteres Beispiel. Kamon Laosophaphan, Antikorruptionsaktivist des Bürgernetzwerks gegen Korruption (PNAC), war an der Untersuchung eines Korruptionsfalls bei einem Eisenbahnprojekt der nationalen Eisenbahngesellschaft Thailands in Ban Phai beteiligt. Infolge seiner Aktivitäten kam es zum Konflikt mit einer Gruppe von Polizisten. Im Februar 2008 verschwand er auf einer Polizeiwache in Ban Phai, als er dort eine Anzeige wegen des Verdachts auf Korruption erstatten wollte. Auf Drängen seiner Familie unternahm die *Crime Suppression Unit* (CSU) in Bangkok eine Untersuchung, konnte ihn jedoch nicht finden.

Erbitterte Auseinandersetzungen in der Forstpolitik

Seit Jahrzehnten gibt es Konflikte zwischen dem thailändischen Staat und Indigenen um Land- und Landnutzungsrechte. Eine der Ursachen für die Konflikte liegen in den thailändischen Wald- und Ressourcenschutzstrategien seit den 1980er Jahren, die auf ein Verbot der Nutzung durch Menschen und die Zwangsumsiedlung bestehender Siedlungen in geschützten Waldgebieten zielen. Unter der Militärherrschaft von 2014 verschärfte sich der Konflikt. Die neue Waldpolitik des Militärs – „*Take Back The Forest*“ – hat zum Ziel, innerhalb von zehn Jahren den Anteil von Waldflächen u.a. durch Zwangsumsiedlungen auf 40% der Gesamtfläche Thailands zu erhöhen. Daher versuchen die Forstbehörden immer wieder, ethnische Minderheiten aus ihrem angestammten Land

innerhalb von Nationalparks zu vertreiben, obwohl diese dort zum Teil seit über 200 Jahren leben. Im Kampf um kollektive Land- und Bleiberechte wurden laut der NGO *People's Movement for a Just Society* (P-Move) zwischen 2014 und 2018 mehr als 40.000 Bäuer*innen wegen illegalen Eindringens in Schutzgebiete vor Gericht gestellt. Mindestens zwei Landrechtsaktivisten verschwanden.

Der Fall „Billy“

Im April 2014 verschwand „Billy“, mit bürgerlichem Namen Porlajee Rakchongcharoen, ein Landaktivist, der der ethnischen Minderheit der Karen angehörte. Billy war ein Gemeindepolitiker und gehörte zu den fast 400 einheimischen Karen, die aus dem Nationalpark Kaeng Krachan in der Provinz Petchaburi zwangsweise umgesiedelt wurden.

Umsiedlungen der im Nationalpark Kaeng Krachan ansässigen Karen erfolgten seit der Einrichtung des Schutzgebiets im Jahre 1980. Als die thailändische Regierung 2010 der UNESCO die Erklärung des Nationalparks zum Weltnaturerbe vorschlug, wurden die verbliebenen Gemeinschaften der Karen zum Politikum. Die Forstverwaltung des Nationalparks Kaeng Krachan versuchte, die Umsiedlung mit aller Gewalt durchzusetzen. Als die Karen sich in den Jahren 2010 und 2011 weigerten, ihr Heimatterritorium zu verlassen, brannten Angehörige der Forstbehörde die Unterkünfte der Karen-Familien nieder. Gegen die Verbrechen der Beamten des Nationalparks Kaeng Krachan klagte Billy im Mai 2012 vor dem Verwaltungsgericht und forderte eine Wiedergutmachung. Im Mai 2014 sollte Billy vor Gericht aussagen. Dazu kam es nicht. Im April 2014 wurde er wegen des illegalen Besitzes von Wildhonig von dem Leiter des Nationalparks und drei weiteren Parkmitarbeitern in Gewahrsam genommen und blieb seitdem verschwunden. Im September 2019 wurden Überreste seiner Leiche entdeckt. Billy wurde ermordet und in einem Ölfass verbrannt. Das Fass wurde dann in einem Stausee des Kaeng Krachan Nationalparks, wenige Meter von Billys Haus entfernt, versenkt.

Zwei Jahre nach dem Verschwinden von Billy verschwand Den Khamlae, der sich für eine Landreform und gegen die Vertreibung der Bewohner*innen aus dem Waldschutzgebiet Khok Yao in der Provinz Chaiyaphum einsetzte. Khamlae, seine Frau und zehn weitere Dorfbewohner*innen wurden wegen illegalem Eindringen in Schutzgebiete angeklagt. Zwischen



Surachai Saedan kurz vor seinem Verschwinden im Dezember 2018 (Foto: Yammi Fai Yen).

2014–2016 hatten Forstbeamte mehrmals eine Zwangsräumung des Dorfs Khok Yao durchgesetzt. Sie gaben den Dorfbewohner*innen eine Frist, um ihre Häuser zu verlassen. Khamlae legte beim Minister für natürliche Ressourcen und Umwelt Berufung ein, sodass die Zwangvertreibungen zeitweise eingestellt werden mussten. Im April 2016 ging er zum Sammeln in den Wald und kam nicht mehr zurück. Ein Jahr später wurden im Wald sein Schädel und Kleidungsstücke gefunden, die seinen Tod bestätigten. Nach seinem Verschwinden wurden die rund 30 Familien des Dorfes aus dem Waldschutzgebiet Khok Yao vertrieben.

Thailändische Dissidenten im Exil verschwinden

Zu Opfern des Verschwindenlassens werden zunehmend auch politische Dissidenten, die in das Nachbarland Laos geflohen sind. Zu den prominenten Opfern gehören der Rothemden-Anführer Ko Tee, die Militär- und Monarchiekritiker DJ Sunho und Surachai Saedan mit zweien seiner Wegbegleiter. Im Februar 2019 verschwanden drei weitere Dissidenten. Diese waren Chucheep Chiwasut, Siam Theerawut und Kritsana Thapthaiseit.

Chucheep, auch bekannt als Lung Sanam Luang, war ein radikaler Antimonarchist. Gegen ihn wurde 2008 ein Haftbefehl wegen Majestätsbeleidigung erlassen. 2009 floh Chucheep nach Laos und produzierte von dort aus einen Radio-

sender, der die politische Situation in Thailand harsch kritisierte und seit 2014 zum bewaffneten Widerstand gegen die Militärregierung aufrief. Siam war ein Arbeiteraktivist und Mitglied der studentischen Theatergruppe Prakai Fai. Nach der Aufführung des Stücks „The Wolf’s Bride“ an der Thammasat Universität in Bangkok im Oktober 2013, in dem laut Urteil des Strafgerichtshofs von Bangkok König Bhumipol parodiert wurde, wurden zwei Mitglieder der Theatergruppe wegen Majestätsbeleidigung zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Siam flüchtete nach dem Putsch von 2014 nach Laos. Auch Kritsana ging 2014 nach Laos, nachdem er wegen Volksverhetzung und der Beschaffung von Kriegswaffen angeklagt wurde. In Laos betrieben die Männer ein Online-Radio-Programm, in dem sie das Militär kritisierten und die Ideen der sogenannten „Federation of Thai States“ propagierten. Diese sehen die Umwandlung Thailands in eine föderativ organisierte Republik mit einem gewählten Präsidenten als Staatsoberhaupt vor.

Nach dem Fund der Leichen von zwei Dissidenten im Mekong im Dezember 2018 sowie dem Verschwindenlassen anderer geflüchteter Aktivisten in Laos sollen Chucheep, Siam und Kritsana versucht haben, mit gefälschten Pässen nach Vietnam zu gelangen. An der Grenze sollen sie festgenommen und an die thailändischen Behörden übergeben worden sein. Seitdem fehlt jedes Lebenszeichen von ihnen.



Siam (rechts) bei einer Radiosendung in Laos (Foto: Yammi Fai Yen).

Straflosigkeit ist eines der Kernprobleme

Die weitgehende Straflosigkeit, auf die sich die Täter*innen verlassen können, stellt das größte Hindernis für eine Bekämpfung des Verschwindenlassens und anderer Menschenrechtsverletzungen dar. In den meisten Fällen weisen die thailändischen Behörden jeden Vorwurf der Beteiligung zurück. Sie weigern sich, Fälle entgegenzunehmen, Ermittlungen aufzunehmen oder Informationen über Fälle des Verschwindenlassens offenzulegen. Mit ihrer Zurückweisung strafrechtlicher Ermittlungen behindern sie die Aufklärung. Nur selten werden strafrechtliche Verfahren eingeleitet, wie bei dem Fall des verschwundenen Rechtsanwalts Somchai. Allerdings endete das Verfahren gegen die Verantwortlichen mit einer verhältnismäßig milden Strafe wegen Freiheitsberaubung. Im Fall Billy wurden die Anklagen gegen den Leiter des Nationalparks und seine drei Untergebenen im Dezember 2019 wegen Mordes und Verschwindenlassens einer Leiche angeklagt. Bereits im Januar 2020 wurde die Anklage fallen gelassen und die vier Beschuldigten wurden lediglich wegen Missbrauchs ihres Amtes belangt.

Auch in anderen Fällen kam es nicht zu Verurteilungen. Ein weiteres Beispiel ist der Fall des Landrechtsaktivisten Den Khamlae. Laut den Untersuchungsergebnissen des *Department of Special Investigation (DSI)*, einer dem Justizministerium unterstehenden Behörde, die in der thailändischen Presse mit dem amerikanischen FBI verglichen wird, aber nicht unabhängig von der Regierung agiert, sei Den aus unbekanntem Gründen verstorben. Es gab weder weitere Ermittlungen zur Feststellung der Todesursache, noch wurde ein Versuch unternommen, die Täter*innen zu ermitteln. Auch der Fall der Dissidenten in Laos macht die Untätigkeit der thailändischen Behörden deutlich. Die thailändische Regierung bestreitet jegliche Verantwortung der Behörden für das Verschwinden der Oppositionellen. Die Familienangehörigen müssen allein für die Aufklärung der Fälle kämpfen.

Keine Maßnahmen gegen das Verschwindenlassen

Es gibt in Thailand kein Gesetz, das das Verschwindenlassen als Straftat qualifiziert, obwohl Thailand im Jahr 2012 das Internationale

Übereinkommen zum Schutz aller Menschen vor dem Verschwindenlassen unterzeichnete. Zwar stimmte das Parlament bereits im März 2017 für weitere Schritte auf dem Weg zur Ratifizierung der Konvention, die Regierung unternahm jedoch noch keine weiteren Schritte.

Im März 2019 sollte die vom Militär eingesetzte Nationale Legislativversammlung einen Gesetzentwurf über die Schutzmaßnahmen und Bekämpfung von Folter und Verschwindenlassen von 2016 (*Draft Prevention and Suppression of Torture and Enforced Disappearance Act*) verabschieden. Dieser Gesetzentwurf kam unter Beteiligung von thailändischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen sowie von Familienangehörigen der Opfer zustande. Auf Grundlage dieses Gesetzes sollte die Strafverfolgung von Täter*innen effizienter, der Zugang zur Justiz garantiert und unbürokratische Hilfe für Angehörige organisiert werden. Kurz vor der geplanten Sitzung wurde der Gesetzentwurf aus den Tagesordnungspunkten des Parlaments gestrichen. Das Desinteresse des von der Militärregierung benannten Parlaments an der Wahrung von Menschenrechten und einer Bekämpfung des Verschwindenlassens, könnte klarer kaum zum Ausdruck kommen.

Die Folge ist ein mangelnder Rechtsschutz

Das Verschwindenlassen ist eine gravierende Menschenrechtsverletzung, die in alle Bereiche der Persönlichkeit eingreift. Daher ist es die Pflicht eines jeden Staates, angemessenen Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Dafür sind rechtliche Instrumente unabdingbar. Thailand muss endlich die UN-Konvention zum Schutz aller Menschen gegen das Verschwindenlassen von 2006 ratifizieren. Zugleich muss das Parlament unverzüglich den unter breiter Beteiligung aus der Zivilgesellschaft erarbeiteten Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Folter und Verschwindenlassen von 2016 verabschieden. Entsprechende Gesetze, die in erster Linie dazu dienen, diese schweren Verbrechen aufzuklären, strafrechtlich zu verfolgen und zu sanktionieren, müssen erlassen werden. Das Recht der Angehörigen von Verschwundenen auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung muss gesetzlich garantiert werden.

Es reicht jedoch nicht aus, lediglich auf die formale Gesetzeslage in Thailand zu verweisen. Thailand muss die Grundprinzipien von Rechts-

staatlichkeit und Gewaltenteilung einhalten. Um der Korruption, dem Missbrauch des Staatsapparates für machtpolitische Zwecke und der Straflosigkeit von Täter*innen effektiv entgegenwirken, müssen demokratische Institutionen gestärkt und Rechtstaatlichkeit garantiert werden. Ein Forum für den Dialog zwischen Staatsangehörigen und Regierung – z.B. in Fragen der Forstnutzung – könnte verhindern, dass die zahlreichen virulenten Konflikte überhaupt erst eskalieren.

Auch die Sicherung einer unabhängigen Rechtsprechung sowie die Stärkung des Dialogs zwischen Behörden und Opfervertreter*innen sind erforderlich. Zudem sollten unabhängige Expert*innen für Menschenrechtsfragen in die Arbeit der staatlichen Kommission gegen das Verschwindenlassen einbezogen werden, um transparente und unparteiische Untersuchungen sicher zu stellen und präventiv gegen das Verschwindenlassen zu wirken.

Zu den prominentesten Stimmen im Land, die sich für die Aufarbeitung gewaltsamen Verschwindenlassens einsetzt, ist die Menschenrechtsaktivistin Pornpen Khongkachonkiet. Sie fordert ein Gesetz, das Verschwindenlassen und Folter als Straftat deklariert, transparente Untersuchungen garantiert und die Familien der Opfer entschädigt.

Um dieses Gesetz einer desinteressierten Regierung abzurufen, appelliert sie an die Familien von Verschwundenen sich zu organisieren und an Wissenschaft und Presse sich mit dem Thema verstärkt auseinander zu setzen und damit ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen. Dies – so die Hoffnung von Pornpen – könne dann auch dazu führen, dass ein gesellschaftliches Klima geschaffen werde, in dem rechtstaatliche Reformen staatliche Gewalt wie das Verschwindenlassen erschweren oder gar unmöglich machen.

Die Autorin

Praphakorn Wongratanawin studierte Social Sciences for Development an der Universität Silpakorn in Bangkok und Politik und Geschichte Südasiens in Heidelberg. Sie ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung Asienhaus und des Arbeitskreises Thailand.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Raphael Göpel
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
Tel.: +49-221-716121-25
raphael.goepel@asienhaus.de
www.asienhaus.de

Gesamtausstattung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MISEREOR
IHR HILFSWERK

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



Stiftung
Asienhaus